

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

3 (9.1.1947)

Soziale Pflicht

Von Wilhelm Baur.

In der Welt bereiten sich ohne Zweifel Entscheidungen vor, die geschichtsbildend für viele Jahrzehnte sind. Nicht ganz ohnmächtig und noch weniger unwichtig haben auch wir Deutsche in diesem Ringen um die Gestaltung einer neuen Menschheitsordnung unsere Funktionen in der uns durch unsere Lage zugemessenen Bescheidenheit und Zurückhaltung, aber auch in aller Klarheit und Wahrheit auszuüben, und das wird am besten geschehen, wenn wir uns auf den Standpunkt der nackten Tatsachen und nicht der üblichen weltfernen deutschen Trümmerei, auf den Boden einer einsichtsvollen Realität stellen.

Die richtig verstandenen Interessen der Welt und des deutschen Volkes sind durchaus miteinander vereinbar, wobei bei der Größe des Gutes die Vergangenheit aufgehoben, Hasses und Mißtrauens die Anwendung von Geduld, Ausdauer und innerer Disziplin unsere Leitsterne auf dem Weg zum besseren Dasein bilden müssen. Es ist schwer, bei der namenlosen Not der Gegenwart dieses innere Maß aufzubringen, aber bei der Urganalität der uns durch Hitler zugefügten Vernichtung — denn das Jahr 1945 brachte uns nicht nur eine Niederlage, sondern das restlose politische Auslöschen — wird es unerlässlich sein, in Ehrfurcht vor dem inneren Gesetz der Dinge das Reife und Wachsen neuer Gemeinsamkeiten und ihre spätere Transformierung in politische Werte abzuwarten. Wir können dieses Wachstum befähigen durch unsere eigene Haltung. Im technischen Raum kann wohl kommandiert und organisiert werden, auf dem Gebiet der Politik, wo es sich neben nackten Machtinteressen um wesentlich seelische Vorgänge dreht, kann durch allzu laute Deklamationen über das Lebensrecht der Deutschen, das unbestritten durch das Naturgesetz auch uns gegeben ist, nicht immer nur Nutzen, sondern auch das Gegenteil davon gestiftet werden, so sehr es einleuchtet, daß unsere Lebensmöglichkeit und damit das Ansehen unserer Demokratie von den Chancen abhängig ist, die uns auf wirtschaftlichem Gebiet zur Erhaltung des Restes unserer Volks- und Wirtschaftskraft eingeräumt werden.

Demokratie setzt Wahrheit voraus, und nur die auf allen Gebieten zur Geltung kommende Wahrheit kann uns von Uebel und Not freimachen, zuerst von der inneren, dem Anhängen an alte Praktiken und Idole, die keine Geltung mehr haben, und im Nachgang dazu auch die äußere. Im Auftrag dieser Wahrheit liegt es, daß wir unsere deutsche Not und ihre tiefsten Zusammenhänge der Welt ungeschminkt offenbaren, wobei es dieselbe Wahrheit verlangt, daß wir nie vergessen, wo die Ursachen liegen und daß es zunächst auf uns ankommt, durch unsere Wandlung sie zu einem positiven Ansatzpunkt des Aufstiegs zu machen. Aber ebenso sehr wird das bescheidene Maß an Bewegungsfreiheit, das uns zur seelischen und wirtschaftlichen Aufrichtung durch die Staatsform der Demokratie gegeben ist, restlos ausgenutzt werden müssen. Das verlangt jene neue Demokratie, die sich nicht in politischen Stellungnahmen erschöpft und ihre Durchschlagskraft darin sieht, die tüchtigsten und besten Männer aus allen Lagern mit überdurchschnittlicher Leistungsfähigkeit und absolut persönlicher Integrität an die Spitze zu stellen.

Wirtschaft und Politik sind heute nicht voneinander zu trennen. Demokratie verlangt deshalb unbestritten eine wesentliche Erweiterung ihres materiellen Inhalts nach der sozialen Seite. Die formellen Rechte der Freiheit sind illusorisch oder werden mindestens so empfunden, solange die Masse der Menschen sich in einem hoffnungslosen Notzustand befindet. Unser Ziel wird also sein müssen die soziale Einheit unseres Volkes herzustellen, um dem durch den Krieg und seine Folgen entstehenden Proletariatismus und kulturellen und moralischen Nihilismus von vornherein entgegenzuwirken. Nazistat und Krieg haben nicht nur nivelliert, sondern auch illegale Inseln des Wohlstandes neben der allgemeinen erbarmungslosen Not geschaffen. Die heute vielfach praktizierte Parole „Rechte sich wer kann“ vor der allgemeinen Not kann im Interesse der sozialen Gerechtigkeit und des Ansehens des Staates nicht mehr hingenommen werden.

Unsere gewerbliche Produktion ist wahrhaft gering genug, aber selbst diese bescheidene Produktion fließt zum Teil in die Kanäle des Schwarzmarktes. Die Berichte der Wirtschaftsstämmer mit ihren lächerlich geringen Zuteilungsmöglichkeiten geben darüber einen trostlosen Aufschluß. Die illegalen Beziehungen zwischen allen möglichen Erwerbszweigen funktionieren besser wie der ordnungsgemäße Verteilungsapparat, der kaum irgend etwas zu verteilen hat, und ein Teil der Bürokratie fühlt sich mehr als Herr denn als Diener eines Volkes, das leider Gottes noch nicht in allen seinen Teilen die Eierschalen der Servilität abgestreift hat. Auf dem Ernährungssektor sind die Verhältnisse kaum anders, wenn auch die stättliche Anzahl von Bauern rühmlich erwähnt werden muß, die ihrer Menschen- und Christenpflicht nachkommen.

Aber es sind viele andere da, die das nicht tun. Schwer liegt das wirtschaftliche Los auf Frauen, Müttern und Kindern, den Ostflichtlingen, Opfern des Krieges, angesichts deren es für uns nur eine Einheit im Leiden und in der Not geben kann, ein jeder trage das andere Last, sofern wir überhaupt zu einer als Volksgemeinschaft empfundenen Einheit unserer deutschen Menschen kommen wollen. Alles das kann nur durch eine straff gelenkte Wirtschaft eines Staates bewältigt werden, der seine soziale Aufgabe darin sieht, die vielen in ein unwürdiges und unmenstliches Leben hineingestoßenen Menschen aus der Sinnlosigkeit ihres Daseins zu befreien und ihnen einen Standort in unserer Notgemeinschaft zuzuwiesen.

Erst wenn der Wille zur Aenderung dieser Zustände überzeugend sichtbar wird, werden wieder zum Denken, zum Hoffen, zum Glauben kommen. Das ist der Weg, die zusammengesprochene Moral wieder aufzurichten, der Staatsautorität Stärke und Kraft zu geben, auf weite Sicht drohende Entwicklungen abzuwenden, ein wahrhaft edleres Werk als die Rücksichtnahme auf das Wohlleben einer Minderheit. Ein Volk, das sich in seiner Prüfungsstunde mit seinen Aermsten solidarisch erklärt und in Staat und Wirtschaft die Würde des Menschen statt der Profitier stabilisiert, ein solches Volk wird, wenn es im Namen der Gerechtigkeit und lauterem Herzen seine Lebensrechte reklamiert, in der Welt ein Echo werden, weil es selbst gegen die Seinen Gerechtigkeit geübt hat.

Um den Frieden mit Deutschland

Die Interessen der kleinen Nationen — Saarfrage viel diskutiert — Für deutsch-französische Verständigung

Brüssel, 8. Jan. (dena-Reuter) Eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen Belgiens und Hollands in der Deutschland-Frage ergaben die Besprechungen des belgischen Außenministers Paul Henri Spaak und des holländischen Außenministers Baron von Boetelaer van Oosterhout, die am 4. Januar in der belgischen Hauptstadt stattfanden.

Wünsche der Tschechoslowakei Prag, 8. Jan. (dena-Reuter) Die Tschechoslowakei ist an einer kleinen Revision der deutschen Grenze zu ihren Gunsten interessiert, heißt es in einem Artikel der „Pravo Lidu“, dem Organ der Sozialdemokratischen Partei der Tschechoslowakei zu den kommenden Besprechungen über den deutschen Friedensvertrag in London. Die Tschechoslowakei sei auch an einer freien Schifffahrt auf Elbe und Rhein sowie auf Oder und Donau, soweit sie deutsches Gebiet durchfließen, interessiert.

Niederlande sollen sich äußern Den Haag, 8. Jan. (dena) Die Niederlande sind aufgefordert worden, ihre Stellungnahme zu dem Friedensvertragsentwurf mit Deutschland den ab 14. Januar in London tagenden Stellvertretern der Außenminister darzulegen.

Oesterreich bittet um Zulassung London, 8. Jan. (dena) Das britische Außenministerium hat am 7. d. Mts. eine Note der österreichischen Regierung erhalten, in der die Bitte um Zulassung eines österreichischen Delegierten bei den Vorbesprechungen über den Staatsvertrag mit Oesterreich ausgesprochen wird.

DVP-Entscheidung zur Saarfrage Stuttgart, 8. Jan. (dena) In der Parteikonferenz der DVP Württemberg-Baden am 6. d. Mts. wurde in geheimer Wahl der bisherige geschäftsführende Landesvorstand mit kleinen Veränderungen wiedergewählt. Der Vorstand faßte zur Saarfrage einstimmig folgende Entscheidung: Die Mittelung über die Zollabgrenzung des Saargebietes hat uns mit schweren Sorgen erfüllt, weil wir darin den Versuch einer politischen Vorwegnahme von Entscheidungen sehen, die den kommenden Friedensbesprechungen als Aufgabe gestellt sind und von deren Lösung die dauernde seelische, politische und wirtschaftliche Befriedung Euro-

pas abhängt. Es muß und kann eine Regelung der Saarfrage gefunden werden, die der politischen und nationalen Zugehörigkeit entspricht.

Saargebiet wurden jetzt von der franz. Militärregierung bekanntgegeben: 1. Mit einer Postanweisung können ins Saargebiet 2 im Postverkehrverkehr sind Überweisungen unter denselben Bedingungen zugelassen, denen die Banküberweisungen von Deutschland ins Saargebiet unterliegen. Überweisungen sind zugelassen: a) zur Regelung des Warenverkehrs; b) zur Überweisung saarländischer Guthabens ins Saargebiet, c) Ein- und Auszahlungen auf Sparkassenbücher des Saargebietes können in den übrigen Ländern der französischen Zone nicht vorgenommen werden.

Auf föderativer Grundlage Bad Homburg, 8. Jan. (dena) Willi Knothe, der 2. Vorsitzende der SPD der westlichen Zonen, trat am 3. Januar in einer Versammlung zur die Schaffung der „Vereinten Nationen von Europa“ auf föderativer Grundlage ein. Als wichtigste Voraussetzung dafür bezeichnete er die Freundschaft zwischen dem französischen und dem deutschen Volk.

Er fügte hinzu: „Wir bieten der Welt Sicherheit dadurch, daß Deutschland in der Zukunft von Sozialisten und Demokraten geführt wird.“ „Wir haben in England deutsche und europäische Politik betrieben. Wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß wir um jeden Quadratmeter Boden unter Anwendung aller friedlichen Mittel kämpfen werden, einerlei ob um Ober- oder Niederschlesien oder um das Saargebiet.“ Die SPD-Delegation habe u. a. um die Erhöhung der monatlichen Entlassungsquoten für deutsche Kriegsgefangene von 15 000 auf 20 bis 25 000 Mann ersucht und ihnen versichert, daß in Deutschland alle Parteien für ihre Entlassung eintreten.

Stuttgarter Kabus-Prozess Stuttgart, 8. Jan. (Eig. Bericht). Am 3. d. Mts. begann im Militärgefängnis in Stuttgart vor einem vom württemberg-badischen Gouverneur Sewall einberufenen höheren Militärgericht der Prozess gegen die Stuttgarter Bombenleger, die im Oktober 1946 Sprengstoffanschläge auf verschiedene Spruchkammergebäude und das Stuttgarter Militärgefängnis verübten und eine Untergrundbewegung gebildet hatten.

In der Sitzung trug der Anklagevertreter, Mr. Parsons, den Tatbestand vor, der klarlegt, daß Kabus als der Hauptschuldige und alle anderen Angeklagten als Schuldige im Herbst des vergangenen Jahres in Stuttgart eine regelrechte Untergrundorganisation mit nazistischen Zielen aufgebaut hatten. Sie nannten ihre Organisation „Odessa“ (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen).

Am 29. 10. 1946 trafen sich dann einige Angehörige der Bande und verübten die bekannten Bombenattentate. Kabus, so erklärte sein Verteidiger, habe ihm ein fix und fertiges „Regierungsprogramm“ gezeigt und ihm dessen Einzelheiten in ersten Worten erläutert; demnach hatte er nach Gelingen seiner Bombenattentate und erfolgreicher Durchführung des erhofften Volksaufstandes die Absicht, als Staatschef aufzutreten.

Er ist weder SS-Hauptsturmführer noch Ritterkreuzträger gewesen, sondern hat entsprechende Papiere, die den Untersuchungsbehörden vorliegen, geschickt gefälscht. „Kabus bezeichnete sich als verantwortlich, der Anstifter der drei Bombenattentate gegen die Spruchkammern gewesen zu sein. Er erklärte, er habe noch zwei bis drei weitere Anschläge geplant und die Absicht gehabt, den württemberg-badischen Minister für politische Befreiung, Gottlob Kamm, zu entführen, ein Sondergericht gegen ihn durchzuführen, bei dem Kamm der Angeklagte hätte seine sollen.“

Deutsche Kriegsgefangene in Polen Berlin, 8. Januar (dena) Am Ende Wilhelm 15. 11. 06, Amende Ewald 24. 8. 10, Amende Friedrich 28. 2. 00, Amende Karl 22. 7. 14, Amende Georg 23. 8. 06, Amendinger Edward 17. 6. 07, Bähr Reinhold 22. 12. 04, Bähr Erich 1924, Bähr Martin 22. 12. 25, Bärwinkel Walter 30. 5. 06, Ciesielski Erich 20. 5. 17, Ciesielski Franz 7. 11. 26, Ciesla Günter 5. 5. 27, Cieslar Gustav 2. 11. 26, Cieslar Paul 24. 2. 90, Danilowicz Erich 2. 11. 26, Danilowicz Ernst 1. 2. 44, Danilowicz Johann 30. 12. 21, Danilowicz Fritz 7. 02. Ecker Kurt 25. 1. 28, Ecker Willi 19. 6. 10, Eckel August 1. 6. 24, Eckelmann Alfred 17. 4. 10, Fastenmeier Johann 22. 10. 19, Fastenmeier Johann 16. 1. 99, Fath Clemens 12. 5. 10, Faube Friedrich 25. 1. 19, Garbe Herbert 7. 1. 27, Garbe Max 17. 5. 03, Garbereder Alois 15. 12. 03, Garling Hermann 23. 12. 01, Hocker Paul 14. 3. 17. (Fortsetzung in nächster Nummer)

Zum Kommandowechsel Zu den Gründen, die zu seiner Ernennung zum leitenden Vertreter der amerikanischen Armee beim Militärausschuß der UN führten, erklärte General Mc Narney, daß er sich im vergangenen November entschieden hätte, daß, sobald er die hauptsächlichsten militärischen Aufgaben in Europa erfüllt hätte, die Militärregierung die dominierende Rolle übernehmen sollte.

General Mc Narney gab weiter bekannt, daß nach der Demobilisierung der 3. amerikanischen Armee das Hauptquartier der Besatzungspolizei von Bamberg nach Heidelberg verlegt wird. Die Besatzungspolizei wird ungefähr 32 000 Mann stark sein. Die US-Zone wird in drei Distrikte oder Kontrollbezirke eingeteilt werden, entsprechend der Ländereneinteilung, die wiederum in Militärposten aufgeteilt werden und nach wie vor dem amerikanischen Hauptquartier verantwortlich sind. Die derzeitige Truppenstärke der Amerikaner in Europa betrage annähernd 190 000 Mann.

In einer Ubersicht über die ersten Auswirkungen des Zweizonenabkommens wies General Mc Narney auf die zwanzigprozentige Erhöhung der Kohlenzuteilung und die verbesserte Ernährungslage hin. Er führte weiter aus, daß der 1550 Kalorienwert für die gegenwärtige Kartenperiode aufrechterhalten würde, und daß man entsprechend der Welt-ernährungslage und den Transportmöglichkeiten in beiden Zonen hoffe, im Juni und Juli die Zuteilung auf 1800 Kalorien erhöhen zu können. Das Hauptproblem der Zweizonenvereinbarung sei jetzt, die einzelnen Kommissionen in deutsche Hände übergeben zu lassen, die Anordnungen für die Festlegung ihrer Verantwortlichkeiten zu klären und darüber zu wachen, daß die Arbeit durchgeführt werde.

General Mc Narney fragte wurde, wie die deutschen Spruchkammern dem von General Clay vor zwei Monaten ausgesprochenen Ultimatum nachgekommen seien, sagte er, „wir sind sehr ermutigt worden.“ Die einzige große Aufgabe, die er nicht habe vollenden können, bevor General Clay sein Nachfolger werde, sei die Lösung des Problems der verschleppten Personen.

General Mc Narney gab weiter bekannt, daß nach der Demobilisierung der 3. amerikanischen Armee das Hauptquartier der Besatzungspolizei von Bamberg nach Heidelberg verlegt wird. Die Besatzungspolizei wird ungefähr 32 000 Mann stark sein. Die US-Zone wird in drei Distrikte oder Kontrollbezirke eingeteilt werden, entsprechend der Ländereneinteilung, die wiederum in Militärposten aufgeteilt werden und nach wie vor dem amerikanischen Hauptquartier verantwortlich sind. Die derzeitige Truppenstärke der Amerikaner in Europa betrage annähernd 190 000 Mann.

In einer Ubersicht über die ersten Auswirkungen des Zweizonenabkommens wies General Mc Narney auf die zwanzigprozentige Erhöhung der Kohlenzuteilung und die verbesserte Ernährungslage hin. Er führte weiter aus, daß der 1550 Kalorienwert für die gegenwärtige Kartenperiode aufrechterhalten würde, und daß man entsprechend der Welt-ernährungslage und den Transportmöglichkeiten in beiden Zonen hoffe, im Juni und Juli die Zuteilung auf 1800 Kalorien erhöhen zu können. Das Hauptproblem der Zweizonenvereinbarung sei jetzt, die einzelnen Kommissionen in deutsche Hände übergeben zu lassen, die Anordnungen für die Festlegung ihrer Verantwortlichkeiten zu klären und darüber zu wachen, daß die Arbeit durchgeführt werde.

General Mc Narney fragte wurde, wie die deutschen Spruchkammern dem von General Clay vor zwei Monaten ausgesprochenen Ultimatum nachgekommen seien, sagte er, „wir sind sehr ermutigt worden.“ Die einzige große Aufgabe, die er nicht habe vollenden können, bevor General Clay sein Nachfolger werde, sei die Lösung des Problems der verschleppten Personen.

General Mc Narney gab weiter bekannt, daß nach der Demobilisierung der 3. amerikanischen Armee das Hauptquartier der Besatzungspolizei von Bamberg nach Heidelberg verlegt wird. Die Besatzungspolizei wird ungefähr 32 000 Mann stark sein. Die US-Zone wird in drei Distrikte oder Kontrollbezirke eingeteilt werden, entsprechend der Ländereneinteilung, die wiederum in Militärposten aufgeteilt werden und nach wie vor dem amerikanischen Hauptquartier verantwortlich sind. Die derzeitige Truppenstärke der Amerikaner in Europa betrage annähernd 190 000 Mann.

Unveränderte Politik

General Mc Narney zu seiner Abberufung

Frankfurt, 8. Jan. (dena) „Es wird keine Aenderung der amerikanischen Politik in Deutschland eintreten, wenn General Lucius D. Clay am 15. März Nachfolger als Befehlshaber der amerikanischen Truppen in Deutschland wird“, erklärte General Mc Narney am 6. d. Mts. in einer Pressekonferenz. General Clay werde sein Hauptquartier in Berlin beibehalten. Das amerikanische Hauptquartier in Frankfurt bleibt Hauptquartier für die 160 000 Mann Besatzungstruppen, deren Zahl endgültig sei. Der bisherige Chef der amerikanischen Besatzungspolizei, General Ernest M. Harmon, sei zum Befehlshaber der 3. amerikanischen Armee als Nachfolger General Geoffrey Heyes ernannt worden, um die 3. Armee bis zum 1. März zu demobilisieren.

Erst vollständige Klärung — dann Einigung Im Zusammenhang mit dem Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Zone sagte General Mc Narney, daß z. Zt. nicht die Absicht bestehe, eine Zweizonen-Hauptstadt zu schaffen. Er fügte hinzu, daß die beiden Zonen nicht eher zu einer politischen Einheit würden, bis es vollständig klar sei, daß keine Einigung Deutschlands auf einer Vier-Mächte-Basis möglich sei.

Als General Mc Narney gefragt wurde, wie die deutschen Spruchkammern dem von General Clay vor zwei Monaten ausgesprochenen Ultimatum nachgekommen seien, sagte er, „wir sind sehr ermutigt worden.“ Die einzige große Aufgabe, die er nicht habe vollenden können, bevor General Clay sein Nachfolger werde, sei die Lösung des Problems der verschleppten Personen.

General Mc Narney gab weiter bekannt, daß nach der Demobilisierung der 3. amerikanischen Armee das Hauptquartier der Besatzungspolizei von Bamberg nach Heidelberg verlegt wird. Die Besatzungspolizei wird ungefähr 32 000 Mann stark sein. Die US-Zone wird in drei Distrikte oder Kontrollbezirke eingeteilt werden, entsprechend der Ländereneinteilung, die wiederum in Militärposten aufgeteilt werden und nach wie vor dem amerikanischen Hauptquartier verantwortlich sind. Die derzeitige Truppenstärke der Amerikaner in Europa betrage annähernd 190 000 Mann.

In einer Ubersicht über die ersten Auswirkungen des Zweizonenabkommens wies General Mc Narney auf die zwanzigprozentige Erhöhung der Kohlenzuteilung und die verbesserte Ernährungslage hin. Er führte weiter aus, daß der 1550 Kalorienwert für die gegenwärtige Kartenperiode aufrechterhalten würde, und daß man entsprechend der Welt-ernährungslage und den Transportmöglichkeiten in beiden Zonen hoffe, im Juni und Juli die Zuteilung auf 1800 Kalorien erhöhen zu können. Das Hauptproblem der Zweizonenvereinbarung sei jetzt, die einzelnen Kommissionen in deutsche Hände übergeben zu lassen, die Anordnungen für die Festlegung ihrer Verantwortlichkeiten zu klären und darüber zu wachen, daß die Arbeit durchgeführt werde.

General Mc Narney fragte wurde, wie die deutschen Spruchkammern dem von General Clay vor zwei Monaten ausgesprochenen Ultimatum nachgekommen seien, sagte er, „wir sind sehr ermutigt worden.“ Die einzige große Aufgabe, die er nicht habe vollenden können, bevor General Clay sein Nachfolger werde, sei die Lösung des Problems der verschleppten Personen.

General Mc Narney gab weiter bekannt, daß nach der Demobilisierung der 3. amerikanischen Armee das Hauptquartier der Besatzungspolizei von Bamberg nach Heidelberg verlegt wird. Die Besatzungspolizei wird ungefähr 32 000 Mann stark sein. Die US-Zone wird in drei Distrikte oder Kontrollbezirke eingeteilt werden, entsprechend der Ländereneinteilung, die wiederum in Militärposten aufgeteilt werden und nach wie vor dem amerikanischen Hauptquartier verantwortlich sind. Die derzeitige Truppenstärke der Amerikaner in Europa betrage annähernd 190 000 Mann.

In einer Ubersicht über die ersten Auswirkungen des Zweizonenabkommens wies General Mc Narney auf die zwanzigprozentige Erhöhung der Kohlenzuteilung und die verbesserte Ernährungslage hin. Er führte weiter aus, daß der 1550 Kalorienwert für die gegenwärtige Kartenperiode aufrechterhalten würde, und daß man entsprechend der Welt-ernährungslage und den Transportmöglichkeiten in beiden Zonen hoffe, im Juni und Juli die Zuteilung auf 1800 Kalorien erhöhen zu können. Das Hauptproblem der Zweizonenvereinbarung sei jetzt, die einzelnen Kommissionen in deutsche Hände übergeben zu lassen, die Anordnungen für die Festlegung ihrer Verantwortlichkeiten zu klären und darüber zu wachen, daß die Arbeit durchgeführt werde.

General Mc Narney fragte wurde, wie die deutschen Spruchkammern dem von General Clay vor zwei Monaten ausgesprochenen Ultimatum nachgekommen seien, sagte er, „wir sind sehr ermutigt worden.“ Die einzige große Aufgabe, die er nicht habe vollenden können, bevor General Clay sein Nachfolger werde, sei die Lösung des Problems der verschleppten Personen.

General Mc Narney gab weiter bekannt, daß nach der Demobilisierung der 3. amerikanischen Armee das Hauptquartier der Besatzungspolizei von Bamberg nach Heidelberg verlegt wird. Die Besatzungspolizei wird ungefähr 32 000 Mann stark sein. Die US-Zone wird in drei Distrikte oder Kontrollbezirke eingeteilt werden, entsprechend der Ländereneinteilung, die wiederum in Militärposten aufgeteilt werden und nach wie vor dem amerikanischen Hauptquartier verantwortlich sind. Die derzeitige Truppenstärke der Amerikaner in Europa betrage annähernd 190 000 Mann.

Ernster Neujahrsbrief

Mein lieber Andreas!

Am Uebergang zum neuen Jahr suche ich meist innere Verbindung mit Menschen, die mir im Leben schicksalsmäßig nahegekommen sind, und dabei finde ich auch Dich, der Du ja jetzt noch der Einzige bist, von unserer gemeinsamen Schulzeit, mit dem mich wahrhaft menschliche Beziehungen verknüpfen.

Es ist dem deutschen Volk zur Katastrophe geworden, daß diejenigen Menschen, die seit Goethes Tod berufen gewesen wären, seine geistigen Führer zu sein und ihm ein reales, aber geistiges Weltbild zu vermitteln, vollkommen versagt haben, indem sie sich der aus der Tiefe des Widersachers herausfindenden Verhärtung des Wissenschaftsgeistes aller Lebensgebiete ergaben. Der von Goethe gepflegte Wissenschaftsgeist, von ihm selbst „anschauende Urteilskraft“ genannt und von ihm mit „Erkenntnis in seinen naturwissenschaftlichen Arbeiten (Mineralogie, Farbenlehre, Metamorphose der Pflanzen, Zwischenkieferknochen des Menschen) angewandt, wurde von der sich entwickelnden materialistischen Betrachtungsweise, die er selbst in „Faust“ mit Maß, Zahl und Gewicht nachgewiesen werden konnte, als unwissenschaftlich abgetan, obwohl gerade diese letztere Methode als unwissenschaftlich im Sinne einer Wirklichkeit des vollen Lebens bezeichnet werden kann. Berücksichtigt sie doch immer nur die stoffliche Seite, während gerade Goethe auch das in jedem Lebensgebiet geistig Wirkende bei seinen Untersuchungen mit einbezogen hat, was allerdings voraussetzt, daß man sich selbst in seiner anschauenden Urteilskraft das Instrument erzieht und schult, das man dann ebenso exakt anwenden kann, wie der Biologe sein Mikroskop. Mit der üblichen Methode wird leider die Erkenntnis des Geistigen als einer im Lebendigen wirkenden Realität vollkommen gelähmt, mit dem Erfolg, daß die Probleme auf allen Lebensgebieten in ihrer Geistwirklichkeit nicht erkannt und die daraus abgeleiteten Maßnahmen im Leben zu Katastrophen führen müssen.

Es gibt Erzieher, und es gibt jetzt schon wieder Schulen (z. B. die Freie Waldorfschule in Stuttgart), in welchen die Jugend in klarem Denken, liebevollen Fühlen und tatkräftigem Wollen zu wahren Menschen erzogen werden. Wird sich jetzt, da sich die Katastrophe zum Chaos erweitern kann, jener Kreis von Menschen, die durch ihr Schicksal, ihre Stellung im Leben und ihre Bildung die Verantwortung haben, die Menschheit vor dem Verderben zu bewahren, sich seiner Verantwortung bewußt werden und den Weg dazu beschreiten, denn dieser Weg ist durch die anthroposophisch orientierte Geisteswissenschaft Rudolf Steiners gezeigt? Weder in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, als wir auf der Höhe unserer wirtschaftlichen Scheinblüte standen, noch 1918, als der damalige Weltkrieg als Warnung vor unserer Seele hätte stehen und uns zur Besinnung kommen lassen müssen, wurde der Ernst der Lage erkannt; wird man ihn heute, nach dieser zweiten furchtbaren Mahnung und Warnung erkennen? Die dritte Katastrophe würde eine vollkommene Vernichtung bedeuten!

Mein lieber Andreas, Du hast ein Recht zu fragen, weshalb ich Dir solches schreibe. Nun, im Beginne meines Briefes sprach ich von unserer menschlichen Beziehungen, und diese Art menschlichen Verhältnisse möchte man auf die ganze Welt ausgedehnt wissen. Und ist nicht der Ausklang des Jahres dazu angetan, solche Neujahrsgedanken auszusprechen? Dein W. B.

Spuren im Schnee

Es hatte geschneit, dann getaut und wieder gefroren. Dicke, großporige weiße Schneekrausen liegen in dem Rand des alten Springbrunnens und in seinem Becken ist das Wasser erstarrt, bleierne Augen gründernde Tiefe. Warme Kinderfüße mochten den Spiegel getaut, ihn stumpf gemacht haben, und ihre Spuren hat des Winters Hand in Eis gegossen. Seltsames Sinnbild. So sind die Spuren unseres Lebens eine Weile sichtbar. So sinnt ein anderer vor uns, so sinnt ein anderer vor seinem Leben. Und manchmal führt es zwei Spuren zusammen, ein Stück gehen sie gemeinsam. Aber alle werden wehen oder schmelzen dahin, die einsamen und die, die sich fanden. Dann gibt es kein Ich, dann ist kein Du mehr, nur das schweigende „Es“. Das „Zwischen Ich und das Du“, in das Du zurückfällst und aus dem es immerfort wieder hervortritt.

Mit schwarzen Riesenfingern greifen die Bäume in das wattierte Grau des Himmels, und die rissige, harte Erde hallt unter dem Schritt. Ihre gefrorenen, erstarrten Züge veratmen nichts von dem Geheimnis, das fortwärt in ihrem Innern, daß sie keimend den Frühling in ihrem Schoße trägt; nichts können den klugen Menschen, daß ihr Tod Leben bedeutet, daß zur Wintersonne der Geist die Materie durchdringt und sie schöpferisch macht. Wie eine Verschmähte liegt sie da, die Erde, unanbar, vereist bis in ihre Tiefen, aber unberührbar das warme, pulsierende Herz. Das Herz der Erde, aus dem die Blumen sprießen, das die Bäume fährt und die Felder, damit sie grünen und das die Menschen hoffnungsvoller machen. Was vom Himmel im Winter die Erde durchdrang, das schenkt sie im Frühjahr und Sommer, das erntet sie im Herbst, das opfert sie wieder zum Winter und indem sie hingibt, gebiert sie schon wieder neu.

Spuren im Schnee. Alles gewinnt Form, alles verfließt, aber nichts geht verloren. Was einmal war, sei es Blumenduft oder Himmelsblau, sei es die Spur eines Lebens, sei es ein Gedanke, der die Welt übermittlelt, sondern nur gedacht wurde, gewinnt Unsterblichkeit im Wandel des Lebens. Der Schnee vergeht unter den Füßen. Was noch erstarrt ist, wird sich lösen, was erorr, fällt in den Schoß zurück, der neuen Atem gibt. Wen ängstigt die verwehte Spur, wer zürnt dem Schnee, der sie morgen zudeckt, dem Wind, der sie zerstreut oder der Sonne, die sie aufleckt? Nichts geht verloren, auch wenn das Auge längst nicht mehr sieht. G. W.

Stimme der Parteien

Unter dieser Rubrik sprechen die Parteien außerhalb des Rahmens der Verantwortlichkeit der Redaktion. Die hier veröffentlichten Beiträge der Parteien stellen also keine Meinungsäußerung der Zeitung dar.

Die Junge Union ruft Euch! Was ist die „Junge Union“? Ganz einfach: Die Junge Generation innerhalb der Christlich-Demokratischen Union. Ein politischer Jugendverband also kein Jugendverband, schon darum nicht, weil die altersmäßige Abgrenzung, etwa 18 bis 25 Jahre eine von üblichen Jugendverbänden ist. Eine natürliche Weite und Aufgeschlossenheit in den engen Rahmen einer Partei zwängen liebt! Auch das nicht. Wohl aber eine Jugend, die ihren zweifelhaften Stolz nicht darin erblickt um alles in der Welt unpolitisch zu sein, weil wir weder Klarheit noch Mut zur Entschiedenheit gegeben ist. Und eine Jugend, die weiß, daß Gesicht und Form von Parteien und deren konkreten Ziele jede Generation nach den veränderten statischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten neu prägen muß. Die außerdem weiß, daß dieser Prozeß sich nicht durch einen Ein- oder Durchbruch von heute auf morgen fertig um enthält, sondern immer das Ergebnis einer Entwicklung sein wird. Dieser umformende Ferment die Junge, kommende Generation ist. So sieht sie auch ihre Aufgabe innerhalb der Christlich-Demokratischen Union, nicht im Sichvorgefallenlassen durch Programme und Parteiprogramme, sondern in der Weitung und Neubildung der Ziele der Union und in einem von jugendlichem Radikalismus getragenen Mitgestalten der gemeinsamen, Einmütigen, die zu kommen, da auf den Schultern der heutigen jungen Generation die ganzen Lasten des staatlichen und politischen Lebens gelegt sein werden. Die Junge Union hat die Aufgabe, diese Lasten und Verantwortung zu machen, ist vornehmste Aufgabe der Jungen Union.

Die Jugend irrt sich, die glaubt im Besuch von schöngeistigen Zirkeln und im Anhören von brillierenden Referaten mit vielleicht politischer Themenstellung ihren Beitrag am öffentlichen Leben geleistet zu haben. Ueber sie ist die raube Wirklichkeit des Völkerebens immer hinweggegangen, und auch an den leeren Fassaden jugendlicher Snobs und eingebildeter Anwesender hat sie sich nie orientiert. Wohl aber an den Dringenden, den Unruhigen, den Tatfernen, die mutig den Schritt in die Zukunft wagen. Die Anrede, die in diesen Tagen von den Jungen Union an die heranwachsende Generation ergehen, richten sich an alle jungen Menschen, die bereit sind sich zu einer echten, von allen Irrethenern durch die Staatsentwöhnung heranzubilden, die die Grundsätze des Christentums, einer gelebten Demokratie sowie den sozialen Erfordernissen der Gegenwart entsprechen.

Sie leistet damit ihren Beitrag an der Ueberwindung der politischen Lethargie unseres Volkes und seiner Jugend, die selten nur Ausdruck einer bewußten Abwehrhaltung ist, meist aber einer Trägheit der Herzen und der Hirne entspringt. Die Junge Union im Kreisverband Karlsruhe der Christlich-Demokratischen Union.

Protest der vier Parteien in Bayern

München, 8. Jan. (dena) „Der Landesauschuß der politischen Parteien in Bayern erhebt gegen die programmatische Erklärung des Staatsministers für Sonderaufgaben, Alfred Loritz, zur Entnazifizierung entschieden Protest“, heißt es in einem Protestschreiben, das außer von der WAV von allen vier Parteien Bayerns und vom bayerischen Hilfsverein unterschrieben ist.

„Bei allem Verständnis gegenüber einem geordneten Erpressungsmethoden in die NSDAP gezwungen kleinen Personenkreis“, heißt es in dem Schreiben, „bedeutet es eine Verkenntnis der Tatsachen, von Millionen von Volksgenossen zu sprechen, die nach infolge dessen auch als „unglückliche Opfer des Naziterrors“ zu betrachten sind. Die Tatsache, daß sich nach der „Machtübernahme“ Millionen Deutscher aus „Mangelgründen um die Aufnahme in die NSDAP bewarben und die Partei infolge des nicht zu bewältigenden Andranges eine längere Aufnahmeperrre verhängen mußte, ist noch nicht vergessen und soll auch im Interesse der geschichtlichen Wahrheit nicht in Vergessenheit geraten.“

Loritz bleibt bei seiner Haltung

München, 8. Jan. (dena) „Ich halte voll und ganz aufrecht, daß Mill. von Deutschen nach der Machtergreifung Hitlers durch ihre Vorgesetzten, durch Wirtschaftsdruck, durch Angst usw. in die NSDAP oder in deren Gliederungen hineingetrieben worden sind“, heißt es in einem am 7. d. Mts. der dena übermittelten Schreiben, in dem der bayrische Minister für Sonderaufgaben Alfred Loritz zu dem Protest des Landesauschusses für politisch, rassistisch und religiös verfolgte gegen seine Rundfunkrede vom 29. Dezember Stellung nimmt.

Entnazifizierungs(k)rise in Bayern

München, 8. Jan. (ap) Massenrücktritte im bayerischen Ministerium für die politische Säuberung nach dessen Uebernahme durch den Führer der wirtschaftlichen Wiederaufbauarbeit, Dr. Alfred Loritz, wurden von der Süddeutschen Zeitung gemeldet.

